

Gastkommentar zu den Grabenkämpfen im Umweltschutz

Mehr Sachlichkeit, bitte!

Es war einmal der Traum von der Harmonie zwischen Mensch und Natur. Auch ich träumte ihn, als ich meine erste Stelle im Umweltschutz antrat. Er schien sich zu erfüllen. Man sprach davon, dass es keine Umweltschutzämter oder Umwelt-NGO mehr bräuchte, weil der Umweltschutz wie selbstverständlich in unsere Wirtschaft integriert würde. Dreissig Jahre später ist klar: Ich habe mich getäuscht. Noch selten wurde so erbittert um den Umweltschutz gestritten. Ob bei der Landwirtschaft, beim Wolf, beim Klimaschutz und der Energienutzung oder gerade jetzt wieder, wo es um die Einordnung des Gerichtsurteils von Strassburg zur Klage der Klimaseniorinnen geht: Einen lagerübergreifenden Konsens gab es schon lange nicht mehr, nicht bei der Problemanalyse und schon gar nicht bei der Lösungssuche.

Störend aus Umweltsicht: Man diskutiert alles immer wieder neu und fällt teilweise unter das geltende Schutzniveau zurück. Wie kann es sein, dass wir immer wieder über Restwasser-Mindeststandards streiten, obwohl diese seit 1974 in der Verfassung und seit 1991 im Gesetz verankert und die Ziele bei weitem noch nicht erreicht sind? Wie kann es sein, dass wir beinahe jährlich über unsere Klima- und Energiepolitik abstimmen und nur in kleinsten Schritten vorwärtskommen? Wo früher bürgerliche Parteien vorangingen, klaffen heute Gräben zwischen links und rechts – hier jene, die möglichst viele staatliche Eingriffe wünschen, dort jene, denen selbst die kleinste Intervention zu weit geht. Dabei wäre eine Mischung aus Geboten und marktwirtschaftlichen Instrumenten oft am wirkungsvollsten.

Mein Lösungsvorschlag: Die Politik legt die Ziele und die Grundsätze des Umweltschutzes

«Mein Lösungsvorschlag: Die Politik legt die Ziele und die Grundsätze des Umweltschutzes fest.»

fest. Über die Umsetzung entscheidet ein Rat von Expertinnen und Experten. Ein Beispiel: Parlament und Volk beschliessen, dass bis 2040 keine Gebäude mehr fossil beheizt werden dürfen. Das Expertengremium legt fest, wie das Ziel erreicht werden soll – mit einer CO₂-Abgabe auf Brennstoffe, mit einem schrittweisen Verbot von Öl- und Gasheizungen, durch eine Subventionierung von Ersatzlösungen oder mit einem Massnahmen-Mix.

Selbstverständlich sässen nicht nur Umweltsachverständige in diesem Gremium. Expertinnen für Wirtschaft und für Fragen der sozialen Gerechtigkeit würden beurteilen, ob die vorgesehenen Massnahmen für Volkswirtschaft und Bürger verkraftbar sind. Eine nach Parteistärke zusammengesetzte Kontrollkommission könnte ein Veto gegen einzelne Entscheide einlegen. Dafür wäre eine Zweidrittelmehrheit notwendig,

damit weder links noch rechts alle Entscheide blockieren kann.

Würden wir so mit unseren demokratischen Traditionen brechen? Nein, im Gegenteil: Wir täten das, was wir anderswo schon lange tun. Mehrere Expertengremien entscheiden heute unabhängig über Fragen, die politisch und wirtschaftlich äusserst relevant sind: Die Kommunikationskommission Comcom vergibt Konzessionen für den Mobilfunk und die Grundversorgung, die Elektrizitätskommission Elcom beaufsichtigt die Preise und überwacht die Versorgungssicherheit beim Strom. Das wohl prominenteste Beispiel ist unsere Nationalbank SNB. Sie hat vom Volk den Auftrag erhalten, für Preisstabilität und für ein stabiles Finanzsystem zu sorgen – unabhängig von der Tagespolitik.

Alle drei Gremien fällen immer wieder Entscheide, die für viele nachteilig sind. Trotzdem stellt sie kaum jemand infrage. Oder kann sich heute jemand vorstellen, dass National- und Ständerat statt die SNB die Leitzinsen festsetzen sowie über Käufe am Devisenmarkt entscheiden würden? Oder dass Referenden gegen solche Beschlüsse ergriffen würden und es mehrere Monate bis zur Abstimmung dauern könnte? Ein absurder Gedanke! Die Grundsatzentscheide der Politik, die Details den Experten – das brächte uns weiter im Umweltschutz, pragmatisch, so wie man es kennt von uns Schweizern.



Ion Karagounis ist beim WWF Schweiz verantwortlich für neue Wirtschaftsmodelle und Zukunftsfragen. Er schreibt regelmässig über Umweltfragen; kürzlich ist sein Roman «Was wir hinterlassen» erschienen.

Ob links, ob rechts – es ist Tag der Tracht



Die Berner Grüne Aline Trede, die Nidwaldnerin Regina Durrer von der Mitte, die Tessiner Grüne Greta Gysin sowie die Aargauer Freisinnige Maja Riniker (von links) zeigten sich gestern in ihren je-

weiligen regionalen Trachten. Wie üblich waren die Nationalrätinnen im Rahmen der Sommersession im Bundeshaus beschäftigt. Der 6. Juni ist traditionsgemäss der Tag der Tracht. Bild: Alessandro della Valle/Keystone

Kommentar

Heiratet oder bezahlt einen Notar!

Trennung und Tod: Mit diesen Themen beschäftigen wir uns nicht gerne. Das ist menschlich, aber falsch. Ex-Fernsehmoderatorin Patrizia Laeri hat bekannt gemacht, dass sie ihren Partner kurz vor dessen Tod geheiratet hat. Sie rät anderen Frauen ebenfalls zur Ehe, um sich besser abzusichern.

Die Zahl der Konkubinatspaare nimmt zu, die Folgen sind nicht immer bedacht. Ein Todesfall ist besonders tragisch, weit mehr Personen sind aber von Trennungen betroffen.

Die Ehe gilt als altbacken, hat aber einen Vorteil. Sie ist eine Wirtschaftsgemeinschaft. Wie Paare die Aufgaben aufteilen, ist egal. Also wer mehr zu Kindern schaut und wer einer Erwerbsarbeit nachgeht. Wer unbezahlte Care-Arbeit erledigt und wer den Lohn nach Hause trägt. In guten Zeiten spielt das auch im Konkubinatspaar keine Rolle. Wenn es zur Trennung kommt, dann sehr wohl.

Ehe und Konkubinatspaare haben unterschiedliche Vor- und Nachteile. Als Faustregel gilt: Die Ehe schützt die ökonomisch schwächere Person.

Die Ehe ist ein rechtliches, lange erprobtes Institut. Entgegen der landläufig-romantischen Vorstellung ist sie auch nicht für die Liebe gedacht – sondern für den Fall, dass sie zerbricht. Die gute Nachricht ist: Auch Konkubinatspaare können Trennung und Todesfall sinnvoll vertraglich regeln. Sie müssen es nur tun. Und sich einen Notar leisten.



Doris Kleck
doris.kleck@chmedia.ch

Apropos

Die Pfadis retten unsere Sprache

Die Sichtbarmachung aller Geschlechter in der Sprache stellt Schreibende vor eine Herausforderung. Im schlimmsten Fall müssen Texte inhaltlich gekürzt werden, um beide Geschlechtsformen berücksichtigen und zusätzliche Zeichen für Menschen, die sich keinem Geschlecht zugehörig fühlen, einbauen zu können. Schreibt man zum Beispiel über einen globalen Berufswettbewerb im Backen, müsste konsequenterweise von Bäcker:innenweltmeister:innen geschrieben werden. Weil so ein Wort länger als eine Spalte breit ist, weichen manche aufs Englische aus, das kaum geschlechtsanzeigende Endungen kennt. Der erwähnte Wettbewerb nennt sich denn auch «WorldSkills». Germanist Thomas Kronschlager macht es anders. Er ersetzt die Endungen mit einem Y. Aus Schüler:innen werden Schül:ys, aus Lehrer:innen Lehr:ys. Klingt komisch, funktioniert aber bei den Pfadis seit langem. Fortan also Bäckerweltmeist:yschaften. Klingt doch irgendwie süss.

Pascal Ritter